

Die Schweiz muss angesichts der dramatischen Lage in Palästina handeln

In Gaza sind infolge der israelischen humanitären Blockade «zwei Millionen Menschen vom Hunger bedroht», beklagt die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Bevölkerung ist unablässigen Bombardierungen, massenhaften Zwangsvertreibungen sowie der systematischen Zerstörung von Gesundheits-, Bildungs- und Wohninfrastrukturen ausgesetzt. Über 53'000 Todesopfer, darunter fast 15'000 Kinder, und mehr als 120'000 verletzte Zivilpersonen sind zu beklagen. Gleichzeitig setzt die bewaffnete Gewalt der über 800'000 Siedler:innen die aktive Kolonisierung und Annexion im Westjordanland und in Ostjerusalem fort.

Wie auch die internationale Gemeinschaft fordert die Schweiz zwar einen sofortigen Waffenstillstand, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang, die Freilassung aller Geiseln sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte – doch sie ergreift keine konkreten Massnahmen gegenüber Israel, der Besatzungsmacht, die durch das Völkerrecht verurteilt ist. Der Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober kann die derzeit begangenen Kriegsverbrechen weder rechtfertigen noch entschuldigen.

Wir – ehemalige Diplomaten:innen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) – verfolgen die dramatische Entwicklung und die von der israelischen Armee begangenen Kriegsverbrechen mit grosser Sorge. Das Schweigen, die Passivität und die Zurückhaltung des EDA und der Schweiz schockieren uns zutiefst.

Aus Gründen der Glaubwürdigkeit und Kohärenz muss die Schweiz ihre inakzeptable Zurückhaltung aufgeben und handeln – durch koordinierte strategische Positionen und Massnahmen gemeinsam mit der UNO, der Europäischen Union oder der Arabischen Liga:

- Den Plan zur Vertreibung der Zivilbevölkerung aus Gaza und zur militärischen Wiederbesetzung des Gebiets durch Israel müssen unverzüglich abgelehnt werden. Beides sind Verstösse gegen das Völkerrecht und stellen Formen ethnischer Säuberung und

genozidaler Prozesse dar – wie vom Internationalen Gerichtshof (IGH) festgestellt.

- Neben der sofortigen Freilassung aller israelischen Geiseln auch die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen zu fordern, die ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden.
- Jegliche Zusammenarbeit mit der in Genf registrierten «Gaza Humanitarian Foundation» (GHF) klar abzulehnen. Diese zielt darauf ab, in Gaza ein System der Nahrungsmittelverteilung einzurichten, das nicht den UNO-Grundsätzen der Neutralität, Transparenz und Unabhängigkeit entspricht – wie bereits im Mai von 23 europäischen Staaten gefordert wurde, bei beschämender Abwesenheit der Schweiz.
- Den Staat Palästina unverzüglich anzuerkennen – im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung, wie es bereits 147 Mitgliedstaaten der UNO getan haben. Die Schweiz sollte eine aktive Rolle bei der für Mitte Juni in New York geplanten internationalen UNO-Konferenz übernehmen, die von Saudi-Arabien und Frankreich co-präsiert wird und sich der konkreten Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung widmet – «um von einem Ende des Krieges in Gaza zu einem Ende des fast acht Jahrzehnte andauernden Konflikts zu gelangen.»
- Die israelische und palästinensische Zivilgesellschaft aktiv zu unterstützen – als zentrale Akteur:innen gegen die politisch-religiösen Extremen auf beiden Seiten, die marginalisiert werden müssen – im Hinblick auf eine gemeinsame Zukunft des Friedens und des Wohlstands.
- Jegliche wissenschaftliche und akademische Zusammenarbeit auszusetzen, die zur Verletzung des Völkerrechts beiträgt.
- Sämtliche Zusammenarbeit, Finanzierung und Investitionen mit Israel im militärischen und geheimdienstlichen Bereich einzufrieren.
- Die Einreise in die Schweiz für Personen mit internationalem Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) oder für Siedler:innen, die wegen Gewalttaten verurteilt wurden, zu untersagen.
- Eine präzise Ursprungskennzeichnung für alle «israelischen» Produkte, die in die Schweiz importiert werden (z. B. Obst, Gemüse,

Wein), einzuführen – mit klarer Angabe, um Produkte aus den Siedlungen erkennbar zu machen.

Wir fordern Bundesrat Ignazio Cassis, Vorsteher des EDA, auf, öffentlich Stellung zu beziehen und konkrete Massnahmen im Sinne der Genfer Konventionen und der UNO-Resolutionen zu ergreifen.

Mario Carera, Jean-Philippe Jutzi, Jean-Hubert Lebet, Jean-Daniel Ruch, Etienne Thévoz